

Fiskalrat. Badelt sieht Budgetpfad verletzt und warnt vor teuren Wahlzuckerln, Finanzminister Brunner hält dagegen und kann die neuen Prognose und Zahlen „nicht nachvollziehen“. Nur die Wirtschaftsflaute bestätigen beide

VON MICHAEL BACHNER

Der langjährige WU-Rektor, WIFO-Chef und heutige Präsident des Fiskalrates, **Christoph Badelt**, ist ein besonnener Mann. Er schlägt nicht leichtfertig Alarm, die marktschreierische Schlagzeile ist seine Sache nicht. Umso bemerkenswerter ist sein jetziger Budget-Alarm.

Die Budgetdefizite der Jahre 2024 und 2025 werden wieder über die erlaubte Maastricht-Grenze von drei Prozent steigen, warnt Badelt. Mit 3,4 Prozent im heurigen Jahr beziehungsweise 3,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2025 werde das Defizit-Limit „deutlich überschritten“.

Durch die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung gerate das Budget vom Kurs ab.

Genannt werden hier nicht nur die budgetären Nachwirkungen der Corona- und Anti-Inflationshilfen, sondern auch die Verlängerung der Strompreibremse, die weitere Aussetzung der Energieabgaben oder die Schritte im Rahmen des Wohnbaupakets. Dazu kommen freilich auch das dynamische Ausgabenwachstum aufgrund der hohen Inflation und außerordentlicher Pensionsmaßnahmen sowie die schwächere Einnahmementwicklung in Folge der Wirtschaftslaute.

Experte für die ÖVP

Badelt sagte zum KURIER: „Umso mehr gilt die Warnung vor teuren Wahlzuckerln. Aber auch die nötigen Investitionen in den Klimaschutz sind in der höheren Defizit-Prognose noch gar nicht berücksichtigt.“

Unterm Strich ergibt sich für den Top-Ökonomen, der bei Budget-Hearings im Parlament stets von der ÖVP als Experte nominiert wird, ein Anstieg des Budgetsaldos von 2,7 Prozent im Jahr 2023 auf besagte 3,4 Prozent im heurigen Jahr. Und schon bei den geringeren Werten früherer Prognosen sagte er stets dazu, dass die Regierung sparen müsse und etwa als Vorbereitung auf künftige Krisen wie-



Fiskalrats-Präsident Christoph Badelt schlägt Budget-Alarm

der auf Budgetkonsolidierung setzen müsse.

Auch die Warnung vor teuren Wahlzuckerln ist nicht neu. Eine Analyse des Fiskalrates zeigt, dass etwa Wahlzuckerl seit dem Jahr 2008 das Budget 2024 noch immer mit 4,1 Milliarden Euro belasten. Wörtlich heißt es in einer Aussendung deshalb: „Die anstehende Natio-

nalratswahl 2024 birgt aufgrund möglicher Wahlzuckerl ein hohes budgetäres Risiko. Die hohen erwarteten Budgetdefizite bieten hierfür keinerlei budgetären Spielraum.“

Im Finanzministerium heißt es dazu unmissverständlich, dass man sich Badelts Zahlen nicht wirklich erklären könne.

Schon auf 2,9 % revidiert Aufgrund der Wirtschaftsflaute revidiere man die eigene Defizitschätzung bereits von 2,7 (bei der Budgeterstellung) auf 2,9 Prozent hinunter. Badelts Revision um einen ganzen Prozentpunkt (im Vergleich zu seiner Dezember-Schätzung) sei aber

„nicht nachvollziehbar“. In einer Stellungnahme heißt es: „Das ist eine signifikante Revision. Vor allem, weil alle andere Institutionen – IWF, WIFO, IHS, Europäische Kommission – in ihren aktuellen Prognosen weiterhin von einem Defizit von unter drei Prozent ausgehen. Das BMF wird daher genau analysieren, warum der Fiskalrat als einziges Institut von einem höheren Defizit ausgeht.“

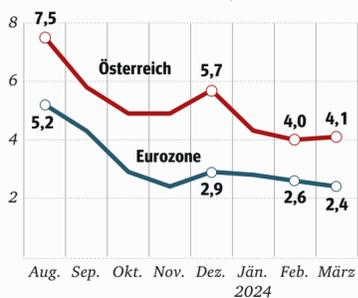
Der Fiskalrat ist tatsächlich das erste Gremium, das jetzt vom Überschreiten des Maastricht-Limits ausgeht. Das WIFO rechnet für heuer mit einem Budget-Defizit von 2,9 Prozent, das IHS hat ein Minus von 2,2 Prozent prognostiziert.

Budget-Alarm: Defizit über 3 Prozent, kein Spielraum für Wahlzuckerln



Finanzminister Magnus Brunner bei seiner Budgetrede im Herbst im Parlament. Mittlerweile gelten die damals unterstellten Defizit-Zahlen als überholt

INFLATION IN ÖSTERREICH ÜBER EUROZONE



KURIER Grafik: Eber Quelle: Eurostat

Inflation mit 4,1 Prozent weiterhin hoch

Dritthöchste Rate in Euro-Zone

Teuerung. Im März stiegen die Preise in Österreich im Jahresvergleich um 4,1 Prozent an. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte sich das durchschnittliche Preisniveau um 0,5 Prozent, wie die Statistik Austria am Mittwoch bekannt gab. Demnach gab es bei Lebensmitteln und in der Gastronomie einen geringeren Preisauftrieb als zuletzt, allerdings wirkten inzwischen wieder die Strom- und Treibstoffpreise leicht inflations-treibend. Die Strompreise, die im Februar noch um 3,4 Prozent gesunken

waren, verteuerten sich im Jahresabstand um 3,5 Prozent. Mieten stiegen um 8,4 Prozent. Ohne Ausgaben für Wohnen sowie Restaurants und Hotels hätte die Inflation 2,3 Prozent betragen.

Im Europavergleich steht Österreich weiterhin schlecht da und zeichnete die dritthöchste Inflationsrate in der Euro-Zone. Im Euroraum betrug die Teuerung im Vormonat 2,4 Prozent. In Deutschland landete sie bei 2,2 Prozent, in Italien gab es lediglich einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2 Prozent.

Opposition zerpflückt Budget und Inflation

SPÖ spricht von „Fantasiezahlen“ Brunners

Kritik. Mit erwartbar scharfer Kritik haben die Oppositionsparteien SPÖ und Neos auf die neuen Zahlen und Daten zu Budget und Teuerung reagiert.

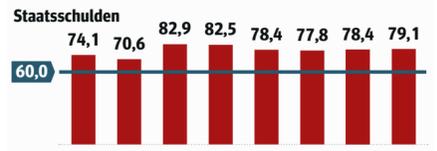
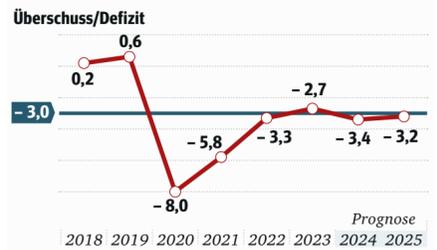
So sagt SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer: „Man muss der ÖVP die Budgetverantwortung entziehen, sie können es nicht. Die ÖVP kann mit Geld einfach nicht umgehen. Das muss man einmal zusammenbringen, mit Rekordausgaben das Land in die Rezession zu führen.“ Auch SPÖ-Klubobmann Philip Kucher spricht von „Fantasiezahlen“ des Finanzministers und meint: „Die Regierung hat ein besonderes Kunststück zustande gebracht. Am meisten Geld verbrennen,

die schlechtesten Ergebnisse erzielen und sich dafür dann auch noch bejubeln.“ Das sei schon bemerkenswert und erinnere ihn an eine Feuerwehr, die bei höchstem Wasserverbrauch den Brand dennoch nicht gelöscht habe.

Ähnlich scharfe Kritik kommt von den Neos. „Die Schuldenpolitik der Regierung frisst die Zukunft der Jungen“, sagen sie. Neos-Finanz- und Budgetsprecherin Karin Doppelbauer fordert: „Durch eine Ausgaben- und Schuldenbremse und gezielte strukturelle Reformen bei den größten Ausgabenblöcken wie etwa dem Föderalismus oder den Pensionen können Milliarden eingespart werden.“

ÖSTERREICHS BUDGETZAHLEN

in Prozent der Wirtschaftsleistung



KURIER Grafik: Eber Quelle: Statistik Austria/Fiskalrat

„Kickl ein Volksschüler, kein Volkskanzler“

Nationalrat. Die Grünen-Klubchefin Maurer attackierte den Ex-FPÖ-Innenminister, dem sie Russland-Verbindungen und die „Zerschlagung“ des Verfassungsschutzes vorwirft. Kickl konterte deftig

VON RAFFAELA LINDORFER

Die „Aktuelle Stunde“ ist üblicherweise ein eher gemütlicher Start in den Plenartag. „Das kann man heute nicht behaupten“, stellte die grüne Klubchefin Sigrid Maurer am Mittwochvormittag im Nationalrat fest. Um dann gleich ihr Eigenes dazu beizutragen. Thema war die Spionage-Affäre rund um den Ex-BVT-Beamten Egisto Ott, der wegen des Verdachts der Russland-Spionage in U-Haft sitzt, und seine Verbindungen zur FPÖ, die kürzlich über den U-Ausschuss publik wurden.

„Wir müssen den blauen Elefanten im Raum ansprechen“, sagt die grüne Klubchefin – und skizziert, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in der türkis-blauen Ära unter Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) „zerschlagen“ wurde, nachdem es schon zuvor systematisch von einem Spionagenetzwerk rund um Ott und seinen Vorgesetzten Martin Weiss „unterwandert“ worden war, so Maurer.

„Jeden Tag wird deutlicher, in welche Richtung die Spuren führen“, sagt Maurer: zur FPÖ und zu ihrer Achse zu Russlands Präsident Wladimir Putin. Die Grüne sprach den „Freundschaftsvertrag“ an, den der frühere Parteichef Heinz-Christian Strache 2016 mit Putins Partei geschlossen hat. Die FPÖ sei eine Partei, „die die Interessen Russlands hier vertritt im Parlament, entgegen der Interessen der Österreicher“, so Maurer. Der Vertrag sei immer noch aufrecht.

„Maximaler Schaden“

Rufe aus den blauen Reihen kontert Maurer: „Ja wo ist denn die Kündigung? Was heißt, Sie finden den Vertrag nicht mehr? Den kann man googeln. Den findet sogar mein Opa im Internet!“ Kickl sei kein „Volkskanzler“, sondern ein „Volksschüler, der sagt: Mein Hund hat die Hausübung gefressen“.



Blieben einander nichts schuldig: die Klubobleute Sigrid Maurer und Herbert Kickl

„Was heißt, Sie finden den Vertrag nicht mehr? Den kann man googeln. Den findet sogar mein Opa im Internet!“

Sigrid Maurer über den FPÖ-Freundschaftsvertrag

Auftritt Herbert Kickl. Aus seiner Sicht ist die „Aktuelle Stunde“ eine „Stunde der Desinformation“ und der „nächste Teil der Anti-FPÖ-Kampagne des Systems“. Das BVT sei, als er 2017 Innenminister wurde, „eine verwahrloste und unfähige Einrichtung“ gewesen, „die geprägt war von Unsicherheit und Informationslecks“, so Kickl. Dies sei der beste Nährboden für Spionage gewesen – „und Sie haben ihn aufbereitet“, sagt er in Richtung der ÖVP-Mandatare. „Das war lange vor meiner Zeit.“

Ott, Weiss „und wie sie alle heißen“, seien Personal gewesen, das die ÖVP ausge-

sucht habe, als sie das Innenministerium führte. Die Razzia im BVT im Februar 2018, die im Nachhinein als rechtswidrig erkannt wurde, sei von der WKStA angeordnet und mit richterlicher Genehmigung durchgeführt worden. Das von ihm geführte Innenministerium habe hier keine Weisungsbefugnis gehabt. Kickl zitiert an ein paar Stellen das Gesetz – und sagt jedes Mal denselben Satz dazu: „Wissen Sie das nicht? Das ist ja erbärmlich.“

Begonnen hat die Debatte Reinhold Lopatka, ÖVP-Spitzenkandidat für die kommende EU-Wahl. Die Spionage-Affäre schade dem Ansehen Österreichs enorm, aber die FPÖ sei, was Russland betrifft, ohnehin „schmerzfrei“, sagte er – und zeigte das bekannte Bild des blauen EU-Spitzenkandidaten Harald Vilimsky mit dem Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer und Ex-Parteichef Strache auf dem Roten Platz in Moskau.

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker setzte nach: „Die FPÖ ist in Wirklichkeit der Russland-Trojaner in Österreich.“ Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) betonte, dass der Staatsschutz in Form der BVT-Nachfolgeorganisation Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) „jetzt wieder funktioniert“.

„Doppelmoral“ FPÖ-Mandatar Hannes Amesbauer hatte für die ÖVP eingangs nur ein Wort: „Doppelmoral“. Und auch er hatte ein Foto dabei: Es zeigt Verfassungsjournalistin Karoline Edtstädter (ÖVP) mit Putin bei seinem Besuch in Wien im Jahr 2018. „Das war nach der Annexion der Krim. Das ist noch nicht so lange her“, sagte Amesbauer.

SPÖ und Neos sehen unterdessen die Verantwortung für die Spionageaffäre nicht nur bei der FPÖ, sondern auch bei der Volkspartei. „Es ist unfassbar, wie Sie die

Geschichte umschreiben und sich aus der Verantwortung stehlen“, sagte die Neos-Mandatarin Stephanie Krisper und warf der ÖVP „Kindeswegelung“ vor. Schließlich sei es die ÖVP gewesen, die die FPÖ an die Regierung gebracht und zugelassen habe, dass Kickl Innenminister wurde.

SPÖ-Abgeordneter Reinhold Einwallner sprach von einem „unwürdigen Schauspiel“. Dass nun auch Kickl einen U-Ausschuss zur Causa will, hat für Einwallner einen schalen Beigeschmack – Kickl will diesen nämlich erst nach der Nationalratswahl. „Das würde Ihnen so passen!“, rief Einwallner in die blauen Reihen. Die SPÖ will „sofort Kontrolle“ und noch diese Woche einen Schritt setzen: Die Roten planen laut Einwallner, einen Kontrollauftrag an die DSN zu richten. „Weil wir jetzt, und nicht erst irgendwann, wissen wollen, wie resilient unsere Spionageabwehr ist.“

Kneissls General mit Kontakten zu Ott

BVT-Affäre. Seit 2021 ist Johannes Peterlik, Ex-Generalsekretär von Karin Kneissl (FPÖ) im Außenamt, suspendiert – jetzt steht er wieder im Fokus: Laut Ermittlungsakten, die publik wurden, soll er mit dem mutmaßlichen Russland-Spion Egisto Ott an einem „Schatten-Gehemdiendienst“ im Außenamt gearbeitet haben. Mehrere Verfahren gegen Peterlik wurden bereits eingestellt, offen ist noch der Vorwurf, wonach der Karriere-Diplomat dem flüchtigen Ex-Wirecard-Finanzvorstand Jan Marsalek die Formel für das Nervengift Novitschok ausgehändigt haben soll. Die Formel wurde auch auf Otts Handy entdeckt.

Laut KURIER-Informationen hat die Staatsanwaltschaft Wien im Dezember einen Vorhabensbericht an die Oberbehörde geschickt. Offiziell bestätigt wird das nicht. Das Verfahren sei noch anhängig, heißt es. Anwalt Martin Riedl kommentiert das Strafverfahren nicht. Nur so viel: Die Darstellung des Kontakts zwischen Peterlik und Ott sei „maßlos übertrieben“. **HAI, LIN**



Ehemaliger Diplomat Johannes Peterlik

Absage für SPÖ-Chef Babler: Warum Zukunftshoffnung Blaha nicht kandidiert

„Pragmatische Abwägung“ der ehemaligen ÖH-Vorsitzenden

Bedenkzeit. Letztlich hatte sich Barbara Blaha für ihre Entscheidung doch einige Tage Bedenkzeit nehmen müssen. Wie berichtet, hätte SPÖ-Chef Andreas Babler die Chef-in des gewerkschaftsnahen Momentum-Instituts gerne an wählbarer Stelle auf die Bundesliste für die Nationalratswahl gesetzt.

„Wenn man ein ernst gemeintes Angebot für eine Kandidatur bekommt, ist es aus meiner Sicht selbstverständlich, sich das gut zu überlegen und nicht einfach spontan zu entscheiden. Genau das habe ich getan“, begründet sie ihr etwas längeres Nachdenken gegenüber dem KURIER.



Barbara Blaha sieht sich derzeit im Momentum-Institut

im Institut den größten Nutzen stifte“, betont die ehemalige ÖH-Vorsitzende, die vor allem innerhalb des linken Parteiflügels der SPÖ viele Fans hat. Das gewerkschaftsnah Momentum-Institut gilt als Gegengewicht zu wirtschaftsliberalen Thinktanks wie etwa Agenda Austria.

Etwas Zeit hat Andreas Babler bei seiner Kandidatensuche noch. Denn die Bundesliste wird am 27. April beim Bundesparteitag in Wieselburg beschlossen.

Dabei will der Parteichef auch seine schon länger angekündigte programmatische Rede „mit Herz und Hirn“ als eine Art Wahlkampf-Auftakt halten.

„Sanktion für Wurschtigkeit“: Koalition und SPÖ beschließen neue Leerstandsabgabe

FPÖ und Neos stört zusätzliche Abgabe – sie stimmten nicht mit

Nationalrat. Die Länder können künftig eine effektive Leerstandsabgabe einheben. Die Basis dafür hat der Nationalrat am Mittwoch mittels einer Verfassungsbestimmung geschaffen. Neben der Koalition stimmte auch die SPÖ zu. Die FPÖ empörte sich über eine „Bestrafung für Eigentümer“, die Neos kritisierten, dass bei einer Rekord-Steuerquote auch noch eine weitere Abgabe etabliert werde.

Entsprechende Abgaben fallen bereits in den meisten Ländern an, allerdings können sie nur eingeschränkt verhängt werden. Nunmehr gibt der Bund die Abgabe quasi frei. Mehrere Länder

haben schon angekündigt, davon Gebrauch zu machen. Vor allem den Grünen war der Beschluss ein Anliegen: „Wir wollen dem Leerstand an den Kragen“, betonte die Abgeordnete Nina Tomaselli. Die „Wurschtigkeit“ gegenüber der Gemeinschaft könne nicht weiter unsanktioniert bleiben.

Die ÖVP wurde nicht müde zu betonen, dass es sich um keine neue Bundesabgabe handle. Vielmehr sei es eine kompetenzrechtliche Änderung. Da es schwierig sei, tatsächlichen Leerstand zu eruieren, sei es gut, wenn hier die Länder die Kompetenz hätten, argumentierte Wohnbauprecher Johann Singer.

Zwar hat die SPÖ nichts gegen die Leerstandsabgabe, aber die alleine werde die Wohnungsnot nicht lösen, meinte die stellvertretende Klubobfrau Julia Herr.

Klare Ablehnung zur Leerstandsabgabe kam von den Freiheitlichen. Deren Abgeordnete Susanne Fürst sah einen Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum, was ein Schritt in die falsche Richtung sei. Die Neos ärgerten sich ebenfalls über die Möglichkeit einer neuen Abgabe. Wie Klubvize Nikolaus Scherak ausführte, könnten die Länder nun sogar Gebühren ohne Deckel nach oben einführen.